



# Wirksame Maßnahmen statt Sicherheitsesoterik

**Steffen Dittes: „Durch immer weitere Eingriffsbefugnisse wird Schutz nur suggeriert“**

Die Plenarsitzungen vom 25. bis 27. Januar beginnen mit einer Sondersitzung. Auf Antrag der CDU-Fraktion wird „Zur Lage der inneren Sicherheit in Thüringen, Stärkung der Sicherheitsbehörden im Freistaat“ diskutiert. Worum es dabei gehen soll hatte die Fraktion nach einer Klausurtagung bereits erläutert. Dazu hatte der Innenpolitiker der Fraktion DIE LINKE im Landtag, Steffen Dittes, erklärt:

„Es gibt ein berechtigtes Interesse nach wirksamen Sicherheitsmaßnahmen in der Bevölkerung. Wirksam sind diese Maßnahmen dann, wenn sie der tatsächlichen Gefahrenlage entsprechen und nicht an hysterische Debatten oder pure Sicherheitsesoterik anknüpfen. Der als Sammelsurium von CDU-Forderungen der letzten 15 Jahre in die Debatte gebrachte Katalog trägt nicht zu einer objektiven Verbesserung der Sicherheitslage bei.“

Ausweitung der Videoüberwachung mit Gesichtserkennung im öffentlichen Raum oder der Wunsch, dass der Verfassungsschutz künftig in die Computer der Bürger online einbrechen solle, machten deutlich, „wenn Terroristen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, dann ist die CDU inzwischen zu einer Gefahr für die Grundrechte der Bürger geworden“, so der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion weiter. Die Bürgerinnen und Bürger hätten einen Anspruch darauf, dass der Staat zwischen Maßnahmen

zur Stärkung der öffentlichen Sicherheit und dem Grundrechtsschutz eine ausreichende und angemessene Balance finde. „Die Konstruktion nicht vorhandener Gefahrenlagen taugt dabei genauso wenig, wie der Einsatz von Mitteln, die die Sicherheit der Bürger nicht erhöhen.“ Steffen Dittes verwies auf den Berliner Attentäter, der nach dem LKW-Anschlag eine Überwachungskamera für einen Propaganda-Gruß nutzte, auf das Blutbad in der Normandie im letzten Sommer, bei dem einer der Attentäter eine elektronische Fußfessel trug, oder auf die Tatsache, dass vielfach bei Anschlägen Pässe hinterlassen werden, die der Identifizierung der Täter dienen.

### Rassistischen Hetzern den Nährboden entziehen

Durch immer weitere Eingriffsbefugnisse werde ein Schutz suggeriert, den es so aber nicht gebe. Gerade der Fall Amri zeige, dass die Behörden sehr viel über den Verdächtigen wussten, von einer beabsichtigten Anschlagplanung, über die Suche nach Waffen und Sprengstoffanleitungen, sämtliche Aliassnamen, sämtliche Telefonnummern, an welchen Orten er sich aufhielt, Chats mit IS-Vertretern wurden mitgelesen, V-Leute waren an ihm dran und sogar das bundesweite Terrorismus-Abwehrzentrum war lange vor dem Anschlag immer wieder mit der Person befasst. „Da stellt sich doch eher die Frage, warum ist es zu einer derartig

fatalen Fehleinschätzung gekommen. Aber statt diese Frage parlamentarisch und öffentlich transparent aufzuklären, setzt die CDU auf Effekthascherei mit Sondersitzung und Forderungskatalog sowie der Unterstellung, in Thüringen würde nichts für die Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern getan.“

„Die Bevölkerung wird nur dann effektiv geschützt, wenn Straftaten gar nicht erst verübt werden. Neben einer modernen und handlungsfähigen Polizei in Thüringen bedarf es daher vor allem für die hier lebenden Menschen der Chancengleichheit, angemessener Präventions- und Deradikalisierungsangebote, guter Bildung und sozialer Sicherheit, damit sie in der Bundesrepublik eine Zukunftsperspektive haben. Das wäre nicht nur Ausdruck eines demokratischen und sozial starken Staates, sondern würde auch religiösen Hasspredigern und rassistischen Hetzern gleichermaßen den Nährboden entziehen.“

Die Fraktion DIE LINKE wird sich in der Koalition auch weiterhin für eine angemessene Personalbedarfsplanung- und Personalentwicklungskonzeption im Bereich der Polizei einsetzen, die Expertenkommission zur Evaluierung der Polizeistrukturreform hat hier viele sinnvolle Anregungen geliefert. Sie wird auch die bereits eingeleiteten Veränderungen und Anpassungen an die veränderte Sicherheitslage im Bereich der Einsatz- oder Ausrüstungsplanung als stetigen Prozess weiter unterstützen. ■

## KOMMENTIERT:

von Rainer Kräuter

### Ruhezeit einhalten

Die höchsten deutschen Arbeitsrichter entschieden jetzt, dass Betriebsratsarbeit auch Arbeitszeit ist und den Arbeitnehmervertretern die Ruhezeiten entsprechend des Arbeitszeitgesetzes zu gewähren sind. Zwischen dem Schichtende und dem Beginn einer Betriebsrats-sitzung ist eine Erholungszeit von elf Stunden einzuhalten. Die Mitglieder eines Betriebsrates sind berechtigt, ihre Arbeit vor dem Schichtende einzustellen, wenn sonst die im Arbeitszeitgesetz festgelegte Ruhezeit nicht eingehalten sei, entschieden die Richter.

Es freut mich, dass das Bundesarbeitsgericht die Arbeit des Betriebsrates als so wichtig erachtet, dass auch für die Zeit, die ein Mitglied des Betriebsrates für die Interessen der Beschäftigten arbeitet, die üblichen Gesetze, wie hier das Arbeitszeitgesetz, Anwendung finden. Schließlich ist diese wichtige Arbeit nicht nach einer auslaugenden Schicht zu machen und bedarf höchster Konzentration.

In dem Verfahren ging es darum, dass ein Mitglied des Betriebsrates seine Nachtschicht vorzeitig beendete, um am nächsten Tag an einer Sitzung des Arbeitnehmergremiums teilzunehmen. Die Richter haben klar im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes entschieden, wonach ein Mitglied des Betriebsrates auch dann von seiner beruflichen Tätigkeit ohne Minderung seines Arbeitsentgeltes zu befreien ist, wenn eine außerhalb der Arbeitszeit liegende erforderliche Betriebsrats-tätigkeit die Arbeitsleistung unmöglich oder unzumutbar macht. Geklärt ist nunmehr, welchen Anspruch Betriebsratsmitglieder gegen die Behinderungen ihrer Betriebsratsarbeit durch Schichteinteilung haben. Diese Art von Vorgehen gegen Betriebsratsmitglieder, sie durch Schichtplanung und Kürzungen der Arbeitszeit bei ihrer Tätigkeit zu behindern, beobachtet der Gewerkschafts-politiker in vielen Branchen.

Betriebsrats-Mobbing gehört in Deutschland zur strategischen Gewerkschaftsbekämpfung. Immer mehr Firmenleitungen versuchen dadurch, eine Interessenvertretung von Beschäftigten und gewerkschaftlichen Einfluss in Betrieben entweder von vornherein zu verhindern oder – wenn bereits vorhanden – zu zerschlagen. Ich begrüße dieses Urteil und bewerte es als klare Stärkung der Betriebsverfassung. ■

## AKTUELL

### Hessischer Kultusminister soll Höcke entlassen

Nach der Rede von Björn Höcke, AfD-Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag, über das Berliner Holocaustmahnmal als Denkmal der Schande und anderer Ausfälle haben sich Mehmet Daimagüler (Nebenklageanwalt im NSU-Prozess), Eva Högl (MdB, SPD), Katharina König (MdB, DIE LINKE im Thüringer Landtag) und Özcan Mutlu (MdB, B90/DIE GRÜNEN) mit einem Brief an den hessischen Kultusminister Prof. Dr. Lorz gewandt und ihn aufgefordert, ein Disziplinarverfahren gegen Björn Höcke einzuleiten und alle Möglichkeiten zu prüfen, um Höcke aus dem Beamtenstatus zu entlassen. Er ist verbeamteter Lehrer im Bundesland Hessen und aufgrund seiner Abgeordnetentätigkeit im Freistaat Thüringen im ruhenden Verhältnis, könne

aber jederzeit wieder unterrichten.

Özcan Mutlu: „Wenn es nach Höckes Rede über den ‚lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp‘ und seine Rassentheorien noch einen Nachweis benötigte, dass er seine Pflicht nach dem Beamtenstatusgesetz, sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen und für sie einzutreten, schuldhaft verletzt hat, dann hat er ihn erbracht. Kein Demokrat kann ernsthaft wollen, dass Höcke seine Hassreden als Lehrer in einer Schule vorträgt.“

Eva Högl: „Höcke formuliert mit völkischer Ideologie, überhöht die deutsche Bevölkerung gegenüber anderen Menschen, spricht gleichzeitig vom absoluten Sieg und verwendet Sprachbilder, die gewollte Assoziationen zum Nationalsozialismus wecken sollen.

Niemand, der rhetorisch und inhaltlich an die NS-Zeit anknüpft und sich dies zu eigen macht, kann und darf Geschichtslehrer sein.“

Mehmet Daimagüler: „Das Politik-konzept der AfD ist auf Ausgrenzung, Verächtlichmachung und weitgehende Rechtlosstellung von Ausländern, Migranten, Muslimen und weiteren gesellschaftlichen Gruppen gerichtet – unter anderem mit dieser Definition hat das Bundesverfassungsgericht die NPD als verfassungsfeindlich gekennzeichnet. Das Holocaustmahnmal ist keine Schande, sondern ein Ort der Mahnung und Erinnerung, damit sich das NS-Unrecht nie wieder wiederholt. Björn Höcke und die AfD sind eine Schande für die Demokratie.“

(Die Erklärung von Katharina König dazu auf Seite 1) ■